

Mainz/Bad Kreuznach, 12. Juli 2016

Gemeinsame Pressemitteilung

Steigende Gewaltbereitschaft gegen Minderheiten „Aktionsplan gegen Rassismus“ schnell und gemeinschaftlich erarbeiten

Die neuesten Zahlen der Verfassungsschutzberichte machen deutlich, dass rassistisch motivierte Gewalt gegen Flüchtlinge, Muslime und andere gesellschaftliche Minderheiten auf dem Vormarsch ist. In Rheinland-Pfalz wurden 2015 insgesamt 701 Straftaten (darunter 47 Gewalttaten) gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg um etwa 40 Prozent (2014: 521 Straftaten, darunter 33 Gewalttaten). Gleichzeitig nehmen Ressentiments und ablehnende Einstellungen gegenüber Minderheiten in der Mitte der Gesellschaft stark zu.

Der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, der Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz und der AK Asyl Rheinland-Pfalz begrüßen deshalb ausdrücklich die im rheinland-pfälzischen Koalitionsvertrag enthaltene Absichtserklärung, *„einen ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (zu) erarbeiten, um unsere Maßnahmen zu bündeln, weiterzuentwickeln und zu professionalisieren.“*

Sie appellieren an die Landesregierung, dieses Vorhaben zeitnah in Angriff zu nehmen und die Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung des Aktionsplans gleichberechtigt zu beteiligen:

„Ein Aktionsplan gegen Rassismus, der wirken soll, muss gemeinsam von Staat und Zivilgesellschaft entwickelt, verantwortet, getragen und umgesetzt werden“, so Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland. Wichtig sei es auch, einen Aktionsplan handlungs- und zielgruppenorientiert auszurichten und die aktuelle Situation sorgfältig und ehrlich zu analysieren, ergänzt Siggie Pick vom AK Asyl. *„Auf dieser Grundlage müssen dann zentrale Handlungsfelder, wie Bildung, Arbeitswelt, Ehrenamt, Selbstorganisation von Betroffenen und die unterschiedlichen Zielgruppen - u.a. Jugendliche, Auszubildende und Migrant/innen - benannt, bisherige Maßnahmen und Konzepte bilanziert, neue Strategien und Vorhaben formuliert und überprüfbare Indikatoren der Zielerreichung identifiziert werden“*, schlägt Roland Graßhoff vom Initiativsausschuss für Migrationspolitik vor.

Der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, der AK Asyl und der Initiativsausschuss für Migrationspolitik stehen für die intensive Mitarbeit an der Entwicklung eines Aktionsplans gegen Rassismus für Rheinland-Pfalz zur Verfügung. Sie betonen:

„Die größte Herausforderung, der sich Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa gegenübersehen, ist nicht die Aufnahme oder Integration von Flüchtlingen, Muslimen oder ethnischen Minderheiten, son-

Kontakt:

DGB Rheinland-Pfalz/Saarland
Kaiserstr. 26-30 | 55116 Mainz
Tel.: 06131 / 2816 28

Initiativsausschuss für Migrationspolitik in RLP
Albert-Schweitzer-Str. 113-115 | 55128 Mainz
Tel.: 06131 / 28744 20

Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz
Kurhausstr. 8 | 55543 Bad Kreuznach
Tel: 0671 / 84 59 15— 2

dern die Überwindung von Rassismus und Diskriminierung. Wir haben ein ‚Rassismusproblem‘, das wir endlich angehen müssen.“

Nach wie vor fließen viel zu wenige Ressourcen - Finanzen und Wertschätzung - in die nachhaltige und dauerhafte Unterstützung der vielen zivilgesellschaftlichen Strukturen, Initiativen und Vereine und der Millionen Menschen, die sich in unserem Land für ein gleichberechtigtes, solidarisches und friedliches Miteinander engagieren. Dieses Bollwerk gegen Rechtspopulismus, Rassismus und Rechtsextremismus im Regen stehen zu lassen, schwächt und gefährdet die Demokratie und die Menschenrechte.

gez.

- Dietmar Muscheid (DGB),
- Roland Graßhoff (Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik),
- Siggie Pick (AK Asyl)

Kontakt:

DGB Rheinland-Pfalz/Saarland
Kaiserstr. 26-30 | 55116 Mainz
Tel.: 06131 / 2816 28

Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP
Albert-Schweitzer-Str. 113-115 | 55128 Mainz
Tel.: 06131 / 28744 20

Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz
Kurhausstr. 8 | 55543 Bad Kreuznach
Tel: 0671 / 84 59 15— 2